

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Wirtschaftspolitik

Nr. 010/12 vom 11. Januar 2012

Jens-Christian Magnussen: DGB-Analyse der Bruttolöhne zeigt Schädlichkeit flächendeckender gesetzlicher Mindestlöhne auf

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Jens-Christian Magnussen, hat den DGB-Nord angesichts dessen Pressemitteilung 2/2012 aufgefordert, keine isolierten Vergleiche der Bruttolöhne zwischen Metropolen und ländlichen Räumen ohne Berücksichtigung der jeweiligen Lebenshaltungskosten vorzunehmen. Magnussen sieht in den Ergebnissen der DGB-Analyse im Gegenteil einen klaren Beleg für die Schädlichkeit flächendeckender gesetzlicher Mindestlöhne:

„Es trifft zu, dass es große Verdienstunterschiede gibt. Ebenso trifft zu, dass es mindestens so große Unterschiede in den Immobilienpreisen, Mieten und anderen Lebenshaltungskosten gibt“, erklärte Magnussen heute (11. Januar 2012) in Kiel.

Wer die Mietspiegel für Hamburg und Schleswig oder München und Flensburg nebeneinander lege, der erkenne schnell, dass ein höherer Bruttolohn nicht zwangsläufig mehr verfügbares Einkommen bedeute: „Die vom DGB angeführten Pendlerströme belegen ja, dass beispielsweise Hamburg aufgrund höherer Löhne als Arbeitsort beliebt ist. Aufgrund der hohen Kosten dort wohnen die Menschen jedoch woanders“, betonte Magnussen.

Der Wirtschaftsexperte verwies in diesem Zusammenhang auf die aktuelle

Prognose der Gesellschaft für Konsumforschung, nach der in Schleswig-Holstein die Kaufkraft der Einwohner im Bundesvergleich an fünfter Stelle liegt: „Das zeigt, wie sehr die isolierte Betrachtung der Daten durch den DGB die tatsächliche Situation verfälscht“, so Magnussen.

Die DGB-Studie belege allerdings eindrucksvoll, weshalb ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland in den wirtschaftsschwächeren Regionen unweigerlich zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führen würde. Aus gutem Grund habe sich die CDU für die Festlegung verbindlicher Lohnuntergrenzen durch die Tarifpartner ausgesprochen.

„Ein flächendeckendes staatliches Lohndiktat kann angesichts solcher regionalen Unterschiede niemand für sinnvoll erachten“, so Magnussen abschließend.